Sabine Spross
Windeggstrasse 20
8203 Schaffhausen

Kantonsrat
Eingegangen: 12. April 2010/**19**

An den
Präsidenten des Kantonsrates
Patrick Strasser
Regierungsgebäude
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 7. April 2010

Interpellation **2010/1**

Zukunft des Klosterbezirks

Im August 2009 bewilligte der Kantonsrat einen Projektierungskredit für den Bau eines Sicherheitszentrums, in dem in erster Linie das Gefängnis untergebracht werden soll. Mit dem Projektierungskredit bewilligte der Kantonsrat ebenfalls einen Kredit zwecks Ausarbeitung von Ideen zur Folgenutzung des bestehenden Gefängnisses und seiner Annexbauten. Ziel dieses zweiten Kredites ist es, den Klosterbezirk bis hin zur Rheinuferstrasse städtebaulich aufzuwerten.

In den Schaffhauser Nachrichten vom 20. März 2010 war zu lesen, dass sich die Regierung für die Nutzung des Klosterbezirks drei Varianten vorstellen kann, mit deren Ausarbeitung die ehemalige Kantonsbaumeisterin als Leiterin der Projektentwicklung betraut ist. Als Variante "Mini" sollen lediglich die Räume, die durch den Auszug des Gefängnisses und des Untersuchungsrichteramtes frei werden, einer Neunutzung zugänglich gemacht werden. Bei der Variante "Midi" sollen zudem das Tiefbauamt und ein Teil der in der Abtei stationierten Polizei in die Projektierung miteinbezogen werden. Die Variante "Maxi" umfasst auch das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt.

Ein rund 5'000 Quadratmeter umfassendes Entwicklungsgebiet, mitten in der Stadt und in unmittelbarer Nähe zum Rhein gelegen und hauptsächlich im Eigentum des Kantons, bietet ein grosses Potential. Dieses sollte m.E. bestmöglichst genutzt werden.

In diesem Zusammenhang drängen sich folgende Fragen auf:

1. Ist der Regierungsrat bereit, eine breite und öffentliche Diskussion über die Neunutzung des Klosterviertels zu führen? Wenn ja, wie könnte eine solche aussehen? Kann sich der Regierungsrat vorstellen, eine Begleitgruppe einzusetzen, welche die Arbeiten der Leiterin Projektentwicklung begleitet und welche aus Personen aus Politik von Stadt und Kanton sowie Fachpersonen zusammengesetzt ist, ähnlich wie beim Mitwirkungsprozess Rheinufer?
2. Wie viel Geld ist der Regierungsrat bereit, in die Planung zu investieren?
3. Im Zeitungsartikel äusserte sich die Leiterin der Projektentwicklung dahingehend, dass das Gefängnis nicht abgerissen werden dürfe. Ist dies auch die Meinung des Regierungsrates? Wenn nein, was wird unternommen, um auch die Option "Abreissen" weiterzuverfolgen?

Besten Dank für die Beantwortung der Fragen.

Mit freundlichen Grüssen

Sabine Spross